

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 1,30 Mark monatlich...

Vorwärts

Die Interfions-Gebühr
betragt für die lechgrößte Kolonne...

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 30. April 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97

Vier englische Angriffe bei Oppy gescheitert.

Der dritte englische Durchbruchversuch am Sonnabend. — Der Zusammenprall in Arleux, Oppy, Gavrelle, Roex. — Außergewöhnlich schwere feindliche Verluste

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 29. April 1917. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Schwerstes Trommelfeuer, vor Tagesanbruch auf der ganzen Front von Lens bis Cambrai beginnend...

Beim Vorwachen folgten der Sprungweise vorverlegten Wand von Stahl, Sand, Gas und Rauch die englischen Sturmkolonnen in einer Front von etwa 30 Kilometer Breite.

Die Wucht des feindlichen Stoßes nördlich der Scarpe richtete sich gegen unsere Stellungen von Achville bis Roex; dort entbrannte die Schlacht zu außerordentlicher Heftigkeit.

Der Engländer drang in das von uns als Vorstellung besetzte Arleux, in Oppy, bei Gavrelle und Roex ein; da traf ihn der Gegenangriff unserer Infanterie! In hartem Ringen rann gegen Mann wurde der Feind geworfen, stellenweise über unsere alten Linien hinaus, die bis auf Arleux sämtlich wieder in unserer Hand sind.

Südlich der Scarpe-Niederung tobte gleichfalls erbitterter Kampf. In den geschloffenen Stellungen tröpften unsere braven Truppen mehrmaligem Ansturm; auch dort sind alle englischen Angriffe gescheitert.

Auf den Flügeln des Schlachtfeldes brachen die feindlichen Angriffswellen schon im Vernichtungsfener unserer Artillerie zusammen.

Die Verluste der Engländer sind wiederum außerordentlich schwer.

Der 28. 4. ist ein neuer Ehrentag unserer Infanterie, die, kraftvoll geführt und trefflich unterstützt durch die Schwester-

und Hilfswaffen, sich der Größe ihrer Aufgaben voll gewachsen zeigte.

Bei den anderen Armeen der Westfront, auch an der Aisne und in der Champagne, sowie im Osten und auf dem Balkan ist die Gesamtlage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 29. April abends. An der Arras-Front bei starkem Artilleriefeuer nur Teilkämpfe bei Oppy, wo vier englische Angriffe verlustreich scheiterten.

Längs der Aisne, des Aisne-Marne-Kanals und in der Champagne erhöhter Feuerkampf. Morgens mehrfach vorstoßende Erkundungsabteilungen der Franzosen wurden abgewiesen.

Im Osten nichts Wesentliches.

Der österreichische Bericht.

Wien, 29. April. Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

An mehreren Frontabschnitten lebhaftes Artillerie- und Minenwerferfeuer.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. Heute in den Morgenstunden überfielen unsere Sturmpatrouillen einen Stützpunkt des Feindes in der Nähe des Donale-Passes, machten die Besatzung nieder und setzten mit 22 Gefangenen zurück.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts zu melden.

Ereignisse zur See.

Am 28. d. M. früh haben unsere Seeflugzeuge die militärischen Anlagen von San Gajziano erneut mit Erfolg angegriffen und sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Flottenkommando.

Um Herrschaft und um Freiheit.

Ein helles Licht in das Dämmer unserer politischen Zustände wirft eine Entschlieung, die der engere Vorstand der deutschkonservativen Partei angenommen hat...

Der engere Vorstand der konservativen Partei gibt den ersten und schweren Gedanken Ausdruck, mit denen ihn das Verhalten und der anscheinend stets wachsende Einfluß der Sozialdemokratie erfüllen.

Der traurige Erfolg, daß deutsche Arbeiter während der blutigsten und größten Entscheidungsschlacht der Weltgeschichte sich durch eine verbrecherische Dege aus dem Lager der unabhängigen sozialdemokratischen Partei bewegen ließen, die Arbeit zur Herstellung des nötigen Rüstzeuges für unsere kämpfenden Brüder niederzulegen, hätte nicht erzielt werden können...

Der Parteibeschluß der Sozialdemokraten, in dem verlangt wird, daß der Friede nach den Forderungen der sozialdemokratischen Internationale ohne Erwerbungen und ohne Entschädigung alsbald auf gemeinsamer Friedenskonferenz beschlossen werden soll, würde unser Vaterland, wenn er zur Durchführung gelangte, dem Abgrunde zuführen.

Wir vermiffen eine klare und entschiedene Stellungnahme der Reichsregierung gegen die Kundgebung der Sozialdemokratie. Die Ereignisse zeigen aufs neue, daß eine Politik fortgesetzten Nachgebens gegen unerbittliche sozialdemokratische Forderungen nicht die Einigkeit und Geschlossenheit des Siegeswillens in unserem Volke fördert.

Um so dringender und unabweißbarer erscheint uns die Pflicht aller unserer Parteifreunde in Stadt und Land, fest und treu zu unseren bewährten Grundfäden zu stehen, ihre ganze Kraft aber und ihren vollen Einfluß dafür einzusetzen, daß unser Volk in pflichttreuer Opferwilligkeit und in festem zuversichtlichem Siegeswillen sich des Heeres und der Flotte würdig erweist.

Zunächst ein Wort nicht in eigener Sache. Es ist unrichtig, die Partei der „Unabhängigen“ für die Generalstreikpropaganda schlechthin verantwortlich zu machen. Die Leitung dieser jüngsten Partei Deutschlands besteht aus Männern, deren Politik wir für gründlich verfehlt halten, denen man aber zu allererst den Vorwurf jugendlicher Unbesonnenheit machen kann.

Die konservative Entschlieung vermißt bei der Regierung gegenüber der Streikbewegung die nötige Aufklärung und die erforderliche Entschiedenheit. Wir meinen, in einer unverblühten Darstellung der schwierigen Lage des Landes liegt die beste Aufklärung, und in diesem Sinne haben wir stets gewirkt.

Die erforderliche Entschiedenheit haben wir aber stets vermißt, wo es galt, mit offenkundigen Mißständen aufzuräumen, die die Hauptquelle der vorhandenen Unzufriedenheit bilden, und da haben wir wiederum — möchte es sich um Brot oder um politische Rechte handeln — bemerken müssen, daß die stärksten Hemmungen gegen eine als notwendig erkannte und beruhigend wirkende Besserung gerade von jener Seite ausgingen, die sich jetzt über den Mangel an der „erforderlichen Entschiedenheit“ beklagt.

Die konservative Erklärung sieht einen „stets wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie“ und als dessen Folge verkündet sie die „völlige Demokratisierung des Staatslebens“. Diese Demokratisierung wird kommen

Die Schlufziffer der U-Boot-Märzbeute.

Berlin, 29. April. Amtlich. Im Monat März sind nach endgültiger Feststellung

insgesamt 450 Handelsschiffe mit 885 000 B.-R.-Z.

durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte versenkt worden; davon sind 345 feindliche Schiffe mit 689 000 B.-R.-Z. Von diesen sind 536 500 B.-R.-Z. entlich.

Ferne wurden 6 Schiffe, darunter 3 feindliche, mit insgesamt 39 500 B.-R.-Z. schwer beschädigt, deren Handelschiffraum auf längere Zeit für den Handelsverkehr ausfällt.

Seit Kriegsbeginn bis 31. März 1917 sind damit und unter Einzurechnung der im Laufe des letzten Vierteljahres nachträglich bekanntgewordenen Kriegsverluste

5 711 000 B.-R.-Z.

feindlichen Handelsschiffsräume verloren gegangen; davon sind 4 370 500 B.-R.-Z. entlich; dies sind 23 Proz. der englischen Gesamttonnage der Ozeanhandelsflotte zu Anfang des Krieges.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

„Neuorientierung“ in Ungarn.

Aber ohne gleiches Wahlrecht!

Budapest, 29. April. Die ungarische Regierung veröffentlicht im Anschluß an eine Botschaft, die der König an den Grafen Tisza gerichtet hat, einen Kommentar mit programmatischen Erklärungen, worin sie es als ihre aller nächste Aufgabe bezeichnet, Gesetzentwürfe einzubringen über die Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegswitwen und -waisen. Weitere Gesetzesvorlagen sollen der Befriedigung kultureller und sanitärer Bedürfnisse des Volkes dienen. Man will möglichst weiten Volksschichten gute Gelegenheiten zum Bodenerwerb geben. Hand in Hand damit soll die Arbeiterversicherung reformiert werden und eine Anerkennung

der Rechtsstellung der Gewerkschaften und eine Regelung der Verhältnisse der Staatsbeamten durchgeführt werden.

Bei dem Gesetz über das Wahlrecht soll nicht außer acht gelassen werden, daß vor vier Jahren eine weitgehende Ausdehnung dieses Rechtes beschlossen worden war, die aber bisher nicht voll durchgeführt worden ist. Außer denjenigen Personen, die durch diese Wahlreform Stimmrecht erhalten (der Entwurf sichert u. a. auch allen Unteroffiziere vom Korporal aufwärts das Wahlrecht), wird die Regierung allen Inhabern von Tapferkeitsmedaillen, die im Kriege erworben wurden, sowie den Landwirten, sofern sie nicht Analphabeten sind und unter der Voraussetzung, daß sie über acht Hektar Landbesitz haben, das Wahlrecht verleihen. Endlich verfährt sich die Regierung nicht der Notwendigkeit einer weiteren Ausdehnung des Wahlrechts, insofern hierbei die leitende politische Stellung der Intelligenz gesichert bleibt.

Das Wesentliche ist die Ablehnung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts und das Schweigen über das Recht der Nichtingegaren. Bemerkenswert ist, daß in der ungarischen Regierungssprache alle die als „Analphabeten“ gelten, die nicht magy arisch lesen und schreiben können.

Guatemalas Bruch mit Deutschland.

Neuter meldet aus Washington: „Aus amtlichen Berichten der amerikanischen Gesandtschaft in Guatemala geht hervor, daß Präsident Estrada als Grund für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland angegeben habe, es sei sein Wunsch, an der Seite der Vereinigten Staaten bei dem Kampfe für die Demokratie und für die Aufrechterhaltung des Völkerrechtes zu stehen. Seine Räte hätten ihn angewiesen, sich dem Bunde der Nationen im Kampfe gegen die Autokratie anzuschließen.“ Wilson wird schmunzeln.

Ein Verfassungsausschuß in Bremen.

Bremen, 28. April. Der Senat der freien Hansestadt Bremen hat der Bürgerschaft die Mitteilung zu machen lassen, daß er die Einsetzung einer Verfassungsd eputation beschlossen habe, mit dem Auftrage, Vorschläge zu machen, durch die die Verfassung und ihre Ausführungsgesetze zeitgemäß zu ändern seien. Er er sucht die Bürgerschaft um ihre Zustimmung.

unter dem eisernen Zwang der Verhältnisse. Aber hätte die Sozialdemokratie den Einfluß, den sie im Interesse des Ganzen haben müßte, so wäre die Demokratisierung nicht erst auf dem Wege, sie wäre schon längst da.

Weil bei den Konservativen der Wunsch besteht, die Regierung möge gegen die Sozialdemokratie aufs stärkste auftrumpfen, verliere sie diese zur Abgabe einer Erklärung zu verleihen, die die Friedensbestrebungen in Rußland und im übrigen feindlichen Ausland jäh ersticken und zugleich die Regierung selbst in Gegenwart nicht nur zu großen Massen des eigenen Volkes, sondern auch zu ihrem stärksten Bundesgenossen, Oesterreich-Ungarn, bringen müßte. Wir meinen, die Regierung müßte endlich einen entscheidenden Schritt tun gegen eine Politik, die — nicht in ihrem Willen, aber in ihrer Wirkung — auf das Ergebnis hinaus läuft: Mehr Feindschaft, aber keine Geschlossenheit nach außen!

Wenn es also ganz unmöglich ist, daß eine ihrer Verantwortlichkeit bewußte Regierung dem konservativen Drängen entgegenkommen könnte, so ist es nicht minder unmöglich, daß die Regierung in der gegenwärtigen unklaren und unhaltbaren Lage verharrt. Sie muß heraus aus dem Hell-dunkel, das offiziöse Erklärungen um sie verbreiten, in das helle Licht des Tages, sie darf sich durch keinerlei Einschüchterungsversuche abhalten lassen, auszusprechen, was ist. Sie muß sagen, daß ein freies Deutschland eine unbegrenzte Verteidigungsfähigkeit besitzt, daß aber einem Volk, das fast gegen die ganze Welt kämpfen muß, die Rose des Eroberers nicht ansteht.

Uns will es scheinen, als ob der konservative Vorstand — natürlich unberührt, wie das gewöhnlich ist — die Sorge um das Schicksal des Reiches mit der um die Zukunft seiner eigenen Partei verwechselt. Die konservative Partei wird sich aber damit abfinden müssen, daß sie im künftigen Deutschland — leider gilt dies noch nicht vom heutigen — nur den Einfluß besitzen wird, der ihrem wirklichen Anhang im Volke entspricht. Sie wird in diesen „Abgrund“ hineinspringen müssen, kein Gott kann ihr helfen, und die Regierung kann es erst recht nicht.

Aus jeder Zeile des Aufrufs spricht die Sorge um die unaufhaltbar sinkende Macht einer ans Herrschen gewohnten Volksschicht. Wir, die wir die felsenfeste Ueberzeugung haben, daß an diesem Punkt die Entscheidung über die Zukunft unseres Volkes liegt, können solche Sorge nur mit Genugtuung begrüßen. Auch der konservative Aufruf eröffnet uns einen Blick in einen wichtigen Abschnitt des großen Welttheaters.

Wo um der Menschheit große Gegenstände,
Um Herrschaft und um Freiheit wird gerungen.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt zum Aufruf des Sozialdemokratischen Parteiausschusses und zum Streik der Rüstungsarbeiter zusammenfassend:

Beide Ereignisse zeigen, daß alle Nachgiebigkeit gegen sozialdemokratische Forderungen nicht geeignet ist, das Ziel der inneren Einigkeit des Verteidigungswillens zu fördern, wie sie für diesen Zweck auch nicht als notwendig anerkannt werden kann; sie bestärken aber weite Kreise des Volkes in der Besorgnis, daß die Leitung der Reichspolitik mehr und mehr unter den maßgebenden Einfluß der Sozialdemokraten gerät. . . . Die Bezugnahme auf die früheren Erklärungen genügt deshalb nicht, weil eben diese Erklärungen, wenn sie auch annehmbare Ziele formuliert haben, hinsichtlich der Mittel und Wege dazu stets vieldeutig und Gegenstand der verschiedensten Auslegungen gewesen sind. Auch hier kommt man von dem Eindruck nicht los, daß man es nicht hat über sich gewinnen können, den Forderungen der sozialdemokratischen Führer einmal klar zu widersprechen.

Die dritte englische Niederlage an der Arrasfront.

Berlin, 20. April. (W. L. B.) Am 28. April hat der Engländer seine dritte große blutige Niederlage an der Arrasfront erlitten.

Nach den außerordentlich heftigen Hin und Her wogenden Kämpfen verblieb den Engländern als einziger Erfolg der mit ungeheuren Massen unternommenen dritten Durchbruchschlacht das von den englischen Granaten zermalmt, in der deutschen Vorstellung gelegene Dörfchen Arleux nördlich der Scarpe, dessen Trümmerstätte die Engländer mit Abertausenden von Toten und Verwundeten bezahlten. Alle anderen Vorteile, die die Engländer im Verlaufe der heißen Schlacht hatten erringen können, wurden ihnen durch unsere Gegenstöße im Nahkampfe wieder abgenommen. Zum Teil verbesserte unsere Infanterie bei diesen wichtigen geführten Gegenstößen ihre alten Stellungen nach vorwärts. 12 Offiziere und über 400 Mann Gefangene sowie eine Anzahl Maschinengewehre sind bisher gezählt.

Dem Angriff nördlich der Scarpe ging neben mehrstündigem rasenden Trommelfeuer eine starke Vergasung unserer Artillerie voraus. In der Gegend von Avion südlich Lens wurden die englischen Vereitelungen erkannt und sofort unter Vernichtungsf Feuer genommen. Der Angriff wurde an dieser Stelle im Keime erstickt. Der in seine Sturm-Ausgangsgräben dicht massierte Feind erlitt schwerste Verluste.

Südlich der Scarpe erfolgten starke feindliche Angriffe von der Scarpe an bis in die Gegend Fontaine. Beiderseits der Straße Arras—Cambrai, wo der Gegner schon in den ersten Schladhtagen ungezählte Opfer liegen ließ, brachen sämtliche mit dichten Massen angelegten Angriffe schon in unserem Vernichtungs- und Sperrfeuer zusammen. Auch weiter südlich wurden sie trotz wiederholtem Ansturm reiflos durch Infanterie- und Artilleriefire abgewiesen. Der schwere gewaltige Artilleriekampf hielt den ganzen Tag über an.

Am späten Abend wurde in der Gegend von Loos ein starkes Auffüllen der feindlichen Gräben erkannt. Der geplante und durch heftiges feindliches Artilleriefire vorbereitete Angriff wurde durch unser Vernichtungsfeuer niedergebolen. Von westlich Lens bis in die Gegend von Douai unterhielt der Feind die ganze Nacht hindurch sehr starkes Feuer.

Feindliche Seeresberichte.

Französischer Seeresbericht vom 28. April, nachmittags. Zwischen St. Quentin und der Oise war die Artillerietätigkeit während der Nacht ziemlich heftig. Handgranatenscharmübel in den vordersten Linien in der Gegend südlich von St. Quentin. Bei La Faux wurde der Feind erfolglos einen Handstreich gegen unsere vorgeschobenen Posten. In der Champagne ziemlich lebhaft Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien. Ein nach vorausgegangener heftiger Beschichtung gegen unsere Gräben östlich von Auberville unternommener deutscher Angriff wurde durch unser Maschinengewehr- und Sperrfeuer gebrochen. — Auf dem linken Maasufer drang eine unserer Abteilungen in die deutschen Linien im Abschnitt der Höhe 304 ein und führte Gefangene zurück.

Nach den letzten Meldungen beträgt die von den französischen Truppen im Laufe der am 16. April begonnene Schlacht eingebrachte Beute 175 schwere Feldgeschütze, 412 Maschinengewehre und 119 Grabgeschütze. Die Gesamtziffer der von uns eingebrachten Gefangenen beträgt bis jetzt 20780.

Vom 28. April, abends. Auf dem größten Teil der Front Artilleriekampf mit Unterbrechungen, der zeitweilig in der Aisnegegend, in der Champagne und am Chemin des Dames heftig war. In der Gegend von Ostel machten wir Fortschritte und Gefangene. Sonst überall ruhiger Tag ohne Infanteriekämpfe.

Englischer Seeresbericht vom 28. April. Wir griffen heute früh auf einer Front von mehreren Meilen nördlich der Scarpe an. Unsere Truppen finden erheblichen Widerstand, machen aber gute Fortschritte. Der Kampf dauert an.

Die Kriegsmassnahmen Amerikas.

Die Volksvertretung der Vereinigten Staaten hat in der Seeresfrage, die der Anschlag an den Krieg alsbald an erste Stelle gerückt hat, schnellste Arbeit geleistet und der Präsident wird mit dem Ergebnis zufrieden sein. Der ganze Troß schillernder Schwierigkeiten, mit dem sich England abquälte, bleibt ihm erspart. Das Repräsentantenhaus lehnte mit 209 gegen 98 Stimmen den Zusatzantrag zur Regierungsvorlage ab, der das Freiwilligen-system forderte, während der Regierungsvorlag die Einberufung einer Armee durch Dienstzwang mit Auswahl vorsieht. Die Reuter meldet, haben Senat und Repräsentantenhaus die Wehrpflichtvorlage angenommen. Ohne alle Umwege schwankt also die Union ab in das Lager, in dem der Militarismus organisiert und kommandiert. Herr Wilson wird schon zu geeigneter Zeit seinen Amerikanern plausibel machen, daß zwischen ihrem und dem deutschen Militarismus, den bekanntlich auch er mit zur Strecke bringen will, ein gewaltiger Unterschied besteht.

Der Bruch Amerikas mit Oesterreich, der sich nur zögernd und nach längeren Verhandlungen vollzog, bedeutet für die zahlreichen Angehörigen des Donauraumes, die jenseits des großen Wassers ihre Arbeitskraft verdienen, ein Abgleiten in eine erhebliche Unsicherheit der Lebenslage. Es hat sich im Verlauf des Weltkrieges gezeigt, daß man diese Eingewanderten nicht entbehren kann: ein großer Teil — viele Ungarn vor allem — arbeitet in Rüstungsbetrieben, und gelegentlich erging übers Meer von Staatsstelle aus der Hinweis auf den Landesverratsparagrafen, mit dem diese Arbeit in schweren Konflikt bringen könne. Jetzt wird durch eine Meldung des Wiener Korrespondenzbureaus bekannt, daß die amerikanische Regierung verhandelt, diese österreichisch-ungarischen Elemente zur Ruhe zu stimmen. Staatssekretär Lansing gab namens der Regierung die Erklärung ab, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten in der Behandlung der österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen in Amerika keinerlei Veränderung zur Folge habe. „Unsere Staatsangehörigen würden in den Vereinigten Staaten auch weiterhin alle Rechte und Freiheiten wie bisher genießen, und außer bei Gesetzesverletzungen weder interniert noch in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt werden.“ Ob besondere Vorgänge sich abgepielt haben, die diese Kundgebung rassam machten, ist nicht bekannt geworden. Jedenfalls weiß man aber, daß die Gesetzgebung, die das Verhalten der feindlichen Ausländer in den Vereinigten Staaten betrifft, gleich zu Beginn des Krieges drakonisch verschärft worden ist.

Ueber den Fortgang der Tätigkeit der englischen diplomatischen Mission in Washington verlautet nunmehr, daß die Frage der Behandlung der nordeuropäischen Neutralen in Angriff genommen worden ist. Aus Washington verlautet am Sonntag: „Geitern fanden in der diesigen englischen Botschaft offiziöse Besprechungen der Regierung mit der britischen Kommission über die Handelsangelegenheit statt. Eines der dringendsten Probleme war die Nationalisierung der Niederlande und Skandinavien; diese müßte auf eine Weise vorgenommen werden, daß jede Einfuhr nach Deutschland verhindert wird. Ferner wurden Maßnahmen in Erwägung gezogen, um durch eine Handelskontrolle in Südamerika die deutsche Propaganda zu verhindern.“

Worauf es bei den Maßnahmen, mit denen der Handel Skandinaviens und der Niederlande bedacht werden soll, nach den Wünschen der Entente ankommt, erkennt man etwa aus den Aeußerungen, die kürzlich im Pariser „Gaulois“ zu lesen waren. Dort hieß es, es handle sich um eine „böllige Unterdrückung des Handels mit den Neutralen“. Das haben sie sich mit ihrer Neutralität eingebrockt! jauchzt der „Gaulois“. In der Tat, auch das Neutralitätsinteresse Wilsons ist von jeher egoistisch gewesen. Es war schwer auf eine Formel zu bringen, wenn man es als neutrales Handeln rubrizieren wollte, und so ist es nur allzu wahrscheinlich, daß die Neutralen trotz ihrer Neutralität handelspolitisch behandelt werden, als ob sie erklärte Feinde wären. Aushungerungskrieg gegen Neutrale zählt nicht als Krieg.

Voreilige Zusage.

Amerika verspricht Elsch-Lothringen?

Neben der englischen Mission unter Valfours Führung weisen als Abgeordnete Frankreichs Viviani und Joffre seit einigen Tagen in Washington, und Viviani hat begonnen, dem amerikanischen Bundesgenossen in demokratisch aufgeklopften Reden zu huldigen. Nach einer Havasmeldung aus Washington dankte er bei einem Dinner, das auf der französischen Botschaft stattfand, Amerika für seine Dienste und erwiderte, Frankreich wüßte noch den Besch Elsch-Lothringens. Der Senatspräsident Marshall erwiderte, daß Elsch-Lothringen nach dem Kriege Frankreich zurückgegeben werden müsse.

Die British Socialist Party gegen die Kriegspolitik.

Geich der F. L. B. hat auch die B. S. P. in den Ostertagen ihren Parteitag abgehalten, der ebenfalls hauptsächlich durch die Debatte über die sozialistische Kriegspolitik und die Friedensfrage ausgefüllt war. Er fand in Salford statt und war von 74 Delegierten aus 57 Parteiazweigungen besucht. Die wichtigsten Beschlüsse sind: Ein Tadel gegen das Internationale Sozialistische Bureau wegen der Unterlassung der Einberufung eines internationalen Kongresses und der Nachgiebigkeit gegen die nationallistisch gefinnten Parteien in England und Frankreich; weiter eine Resolution zugunsten einer internationalen Propaganda zur Ablehnung aller Kriegskredite, Dienstverweigerung, Streik in Munitionsfabriken usw. Der Austritt aus der Arbeiterpartei wurde abgelehnt ebenso die Verschmelzung mit der F. L. B., mit der indes ein engeres Zusammenarbeiten gesucht werden soll.

Die B. S. P. ist bekanntlich die, besonders seit dem Austritt der Syndnats und Genossen, bei weitem kleinere der beiden sozialistischen Parteien Englands.

Der Krieg auf den Meeren. Seesperrung und Versenkungen.

Kopenhagen, 20. April. Nach Telegrammen aus Norwegen herrscht dort große Erregung über die neuerdings bekannt gewordenen weiteren Torpedierungen, von denen zahlreiche Schiffe in den letzten Tagen ereilt worden sind.

Bern, 20. April. „Progress de Non“ meldet aus Nantes: Die Schiffe der Sardinenfischerei Providence de Dieu und Josie Brise wurden auf der Höhe von Aubierne bei Minenoperationen von einem deutschen Unterseeboot versenkt. Ein drittes Schiff konnte sich nur wegen des Hagelwetters retten.

Kristiania, 28. April. Das Konsulat in Leith meldet, daß der Dampfer Nidelven von Trondhjem gestern zehn Seemeilen nordöstlich von Coquetisland von einem vermutlich deutschen U-Boot versenkt wurde.

Kleine Kriegsnachrichten.

Schwere Kämpfe an der mazedonischen Front. Nach der „Bojanni Jovevica“ haben die Engländer in dem dreitägigen Kampf mit den Bulgaren, der sich südlich von Dojran abspielte, etwa 10 000 Mann an Toten und Verwundeten verloren. Die Bulgaren verfolgten den Feind.

Die russischen Staatsbeamten vor dem Gesetze gleich. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Die Regierung veröffentlichte eine Verordnung, welche die straf- und zivilrechtliche Verantwortlichkeit aller im Staatsdienst stehenden Beamten ohne Rücksicht auf die Stellung, die sie bekleiden, festsetzt.

Ein Einwanderungsgesetz in Norwegen. „Nasjonaltidende“ meldet aus Kristiania: Hier wird zurzeit eine strenge Kontrolle aller zureisenden Fremden vorbereitet und ein provisorisches Einwanderungsgesetz ausgearbeitet. Außerdem ist ein Ausschuss eingesetzt, der die Mitwirkung der Polizei bei der Bekämpfung des Spionagewesens organisieren soll.

Anatomie für die Rumänen in Bessarabien. In Kischinew bildete sich, nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur, ein Bessarabisch-nationaler Rumänenverband um der rumänischen Bevölkerung in Bessarabien die Autonomie zu verschaffen.

Der Anfang einer spanischen U-Boot-Flotte. Das erste spanische U-Boot 35a1 Vera! ist in Carthagena in Begleitung des Kriegsschiffes Estremadura eingetroffen.

Politische Uebersicht.

Prof. Delbrück über Preußen.

Prof. Hans Delbrück setzt sich in seinen „Preussischen Jahrbüchern“ mit der Wahlrechtsfrage auseinander.

Er tritt für das gleiche Wahlrecht ein und weist überzeugend nach, daß ein Wahlrecht, abgestuft nach Leistungen unmöglich sei. Wieviel Stimmen hätte dann z. B. Bismarck haben müssen. Gebe man jedem Millionär und jedem Gutsbesitzer ein besonderes Wahlrecht, so sei das geradezu eine Verhöhnung jeder wahren Leistung. Niemals in der Weltgeschichte habe das Wahlrecht etwas mit Leistung und Gegenleistung zu tun gehabt.

Die Hinausschiebung der Reform bis zum Frieden scheint Delbrück unratam, und grundsätzlich ist er für das gleiche Wahlrecht sofort. Aber, um während des Krieges den Kampf bis aufs Messer zu vermeiden, erscheint es ihm angezeigt, vorläufig noch irgendeine Mittelstufe, etwa — ein Pluralwahlrecht (!) zu schaffen. Auf die Regierung die Parteiführer zusammen, so sei es sicher, daß zwischen Konservativen, dem Zentrum, den Nationalliberalen, den Freisinnigen und den Polen auf dieser oder einer ähnlichen Grundlage schnell eine Vereinbarung getroffen und ohne vielen Kampf durchs Abgeordnetenhaus gebracht werden kann. Auch die Sozialdemokraten wären froh, statt der bloßen Versprechungen eine handfeste Tatsache für sich buchen zu können, und würden sich ihre weiteren Forderungen für später vorbehalten. Nach dem Kriege stehe alles ganz anders, und solche Vereinbarungen seien dann nicht mehr möglich.

Also das Pluralwahlrecht ist Unsinn, aber vom Abgeordnetenhaus ist nichts Besseres zu erwarten. Was folgt daraus? Für uns: Gleiches Wahlrecht durch das Reich!

Sozialismus, Christentum und Frieden.

Durch die Zentrumspreise geht ein Artikel von Prof. Dr. Karl Hilgenreiter, in dem es heißt:

Die Sozialisten veranstalten Kongresse, senden sich öffentliche Erklärungen, die Mißverständnisse zwischen den feindlichen Staaten und Völkern aufklären sollen, vermitteln diese Zuschriften durch die Minister neutraler Staaten, suchen persönliche Fühlung mit maßgebenden Parteianhängern in feindlichen Ländern, um Friedenssäden anzuspinnen. Und die heimischen Regierungen sehen dies nicht ungen. Soll und muß der Friede, den die Völker so sehr ersehnen, wirklich unter der roten Fahne in die Lande ziehen? . . . Darf der katholische Episkopat der Welt abseits stehen? Erhält kein Friedenswort von Bischof zu Bischof, von Kardinal zu Kardinal? Dürfen nur Sozialdemokraten aller Reiche über Frieden reden und verhandeln?

Die Sozialisten würden es nur begrüßen, wenn die katholische Kirche ihren gesammelten Einfluß in die Wagschale des Friedens werfen wollte, und wenn die Zentrumspreise statt für Eroberungspläne für den Frieden arbeitete. Prof. Hilgenreiter könnte aber gerade aus der gegenwärtigen praktischen Arbeit der Sozialdemokratie erkennen, wie unrecht er mit seiner Behauptung hat, diese sei ein „Gerold des größten Materialismus“. Mit dem platten Materialismus eines Büchner hat der „historische Materialismus“ von Marx nicht das allergeringste zu schaffen. Auf Grund dieses „Materialismus“ läßt sich, wie das Beispiel zeigt, eine Politik des praktischen Christentums treiben, vor der eben jetzt Herr Prof. Hilgenreiter als guter Katholik mit der betäubten Frage steht: Und wir?

Die Revolution gegen Körften!

In der Berliner Arbeiterbevölkerung wird ein Flugblatt verbreitet, von dem man nichts anderes oder wenigstens nichts Milderes sagen kann, als daß es eine Predigt des vollständigen Unsinns ist. Die Arbeiter werden darin aufgefordert, das russische Beispiel nachzuahmen und zu diesem Zweck — man höre und staune — zunächst einmal gegen die Leitung der freigewerkschaftlichen Organisationen, vor allem gegen die Genossen Ahrten, Stering und Cohen ganz gehörig loszugehen. Diese Genossen werden mit einer Flut sinnloser Verleumdungen übergoßen, als „sattsam bekannte und berichtigte Individuen“, als „Agenten des Berliner Polizeipräsidiums“, als „Zudasse“ usw. beschimpft.

Erster Zweck der angekindigten „Bewegung“ soll sein, die Gewerkschaftsvertreter aus der ständigen Kommission zur Ueberwachung der Lebensmittelverteilung wieder hinaus-

zusammenfassen. Das Erreichte soll also damit wieder rückgängig gemacht werden!

Jeder verständige Arbeiter, jede verständige Arbeiterin muß sich sagen, daß aus den Worten jenes Flugblattes die absolute Torheit spricht. Ganz abgesehen davon, daß Deutschland nicht Aufstand ist — auf welche Weise ist denn der Erfolg der russischen Revolution erreicht worden? Doch nur dadurch, daß im entscheidenden Augenblick die gesamte Arbeiterschaft einig war, und auch dies hätte wahrscheinlich nicht genügt, hätten nicht auch die Vertreter des Bürgertums bis zu den Risikow und Rodzjanos sowie ein großer Teil der Offiziere mit der Revolution gemeinsame Sache gemacht. Nur durch Einigkeit kann Großes erreicht werden. Wer nicht einigen, sondern spalten und zersplittern will, wer den wüsten Kampf der Leidenschaften in die Reihen der Arbeiter selbst trägt und dann versucht, seinen verblendeten Anhang in unmögliche Unternehmungen hineinzureißen, ist gewissenlos und handelt gegen die Interessen der Arbeiter, Dummköpfe müssen es sein, die sich seiner Führung anvertrauen.

Es wäre eine Schande, wenn sich auch nur ein Teil der Berliner Arbeiterbevölkerung von den sinnlosen Phrasen dieses Flugblattes imponieren ließe. Die Arbeiter wissen doch aus Erfahrung, daß nur durch Einigkeit, nur durch Organisation etwas zu erreichen ist, und daß jedem Unternehmen, das diesen Grundsatz mißachtet, der schmerzliche Mißerfolg gewiß ist. Wer den Ratsschlagen jenes Flugblattes folgt, kann damit nur sich selber schweres Leid zufügen, ohne jede Aussicht, durch seine Opfer irgend etwas Nützliches zu erreichen.

Die ostpreussischen Landräte bedauern.

In Nr. 95 der „Goldapier Allgemeinen Zeitung“, dem Publikationsorgan für Stadt und Kreis Goldap, vom 25. April 1917 finden wir folgende amtliche Bekanntmachung:

Eierpreise.

Auf Bestimmung der Provinzialregierung steht sich die Kreisverwaltung zu ihrem Bedauern genötigt, den Einkaufspreis für Eier von sofort ab auf 20 Pf. pro Stück bzw. 8 Mk. für die Mandel herabzusetzen.

Die Eierkaufstellen erhalten fortan eine Vergütung von 1 Pf. pro Stück bzw. 15 Pf. pro Mandel. Ich hoffe zuversichtlich, daß die Herabsetzung der Eierpreise ein Nachlassen des Angebots nicht zur Folge haben wird und daß auch die Eierkaufstellen in ihrer Sammelstätigkeit nicht nachlassen.

Daß fortan in der wärmeren Jahreszeit nur frische Eier zur Ablieferung gelangen dürfen, ist selbstverständlich.

Der Landrat.

Eine gleiche amtliche Bekanntmachung bringt nach der Mitteilung unseres Königsberger Parteiorgans auch die im Kreis Insterburg erscheinende „Ostpreussische Volkszeitung“. Es scheint danach unter den ostpreussischen Landräten Gefflogenheit zu sein, die Herabsetzung von Lebensmittelpreisen nur mit dem Ausdruck des Bedauerns zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Die verbrauchende Bevölkerung wird jedenfalls durch solche landräulichen Gefühlskundgebungen sehr eigentümlich berührt.

Der Anti-Dorlog-Raad und sein Friedenspaster.

Die Bemerkungen, die wir an den Vortrag des Pastors Soulier im Niederländischen „Anti-Dorlog Raad“ knüpften, haben diese Friedensgesellschaft zu einer Enignation veranlaßt. Dem Vorwurf, daß wir unser „leichtfertiges Urteil“ über die Versammlung auf „Zeitungsberichte“ stützten, widersprechen wir nicht: wir haben uns nämlich auf den Zeitungsbericht Nr. 212 verlassen, herausgegeben — vom Niederländischen Anti-Dorlog Raad. Um diese Leichtfertigkeit nicht ein zweites Mal zu begehen, gehen wir nicht weiter auf das ein, was Zeitungsbericht Nr. 214 auf unseren Angriff hin ergänzend von der Versammlung mitteilt, es ist ohnehin belanglos. Daß die niederländischen Friedensfreunde dem annexionistischen Programme des Pastors Soulier nicht rückhaltlos beigetreten sind, haben wir unseren Lesern nicht verschwiegen, auf Wunsch des „Anti-Dorlog Raad“ sei hier besonders notiert, daß ihnen namentlich Herrn Souliers Forderung des gesamten linken Rheinufers (aber auch Elb-Lotharingens allein?) für Frankreich zu weit ging.

Doch darum handelt es sich gar nicht, der „Anti-Dorlog Raad“ übersteht das wesentliche oder will es nicht sehen. Hier die Situation: In einer Versammlung angeblicher Pazifisten erscheint ein Franzose, angeblich gleichfalls Pazifist, um einen Vortrag zu halten. Dieser entpuppt sich von A bis Z als ein Abklatsch der Kriegspolitik eines Briand oder Lloyd George, er idealisiert die Wilsonnote der Entente, fordert das linke Rheinufer, die Zerstückelung Deutschlands, Aufteilung Oesterreichs — natürlich alles unter dem Deckmantel Älger Menschheits- und Friedensphrasen, kurz und gut, er ist in Inhalt und Form nichts, aber auch gar nichts anderes als duzendmal abgelesenes Heuchelspiel der erbittertesten Ententekriegspolitik. Und die Antwort der Friedensfreunde — Entrüstung, leidenschaftlicher Protest? — Ach wo, man begiebt den Redner mit Limonade, erlaubt sich zwar einige schäudernde Einwendungen, am Schlusse aber dankt der Vorsitzende dem Redner wärmstens und betont, daß man über das Ziel vollkommen mit ihm einig sei, nur nicht über die dahinführenden Wege. Hier gab es für jeden wirklichen Pazifisten nur eine Möglichkeit, nämlich zu erklären: das eben Gehörte ist das Gegenteil wirklicher Friedensziele, es ist brutale Kriegspolitik und unterscheidet sich vom Pazifismus wie Wasser und Feuer. Und weil niemand — zum mindesten der offizielle Bericht nicht — den Mut dieser Aufrichtigkeit fand, deshalb ist die Vereinigung für christliche Pazifisten wertlos.

Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht und Zentralstelle Völkerrecht.

Man schreibt uns:

Die beiden Gesellschaften, die in ihrem Namen sich so ähnlich sind, daß sie leicht verwechselt werden können, haben tatsächlich nicht miteinander zu tun. Die am 24. März d. J. gegründete „Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht“ trägt den Charakter einer vorwiegend Forschungszwecken dienenden wissenschaftlichen Gesellschaft. Mitglieder sind in erster Linie Völkerrechtslehrer, daneben auch Männer der völkerrechtlichen Praxis. In der Gründungsversammlung waren die Zentralbehörden des Reiches und Preußens, einschließlich der militärischen, vertreten. Daraus ergibt sich für den Verein schon eine gewisse Reflexe, soweit es sich um die Fortbildung des Völkerrechts handelt. Vorsitzender ist Geh. Rat Prof. Niemeyer (Miel), stellvertretender Vorsitzender Geh. Rat Prof. Meurer (Würzburg). — Die auch erst im vorigen Jahre entstandene und am 2. Dezember in Frankfurt a. M. vereinsmäßig konstituierte „Zentralstelle Völkerrecht“ dagegen, die auch den Untertitel „Deutsche Zentrale für dauernden Frieden und Völkerrecht“ führt, ist eine Propagandagesellschaft politischer Richtung. Sie will für das neue Völkerrecht, das nach dem Kriege die Völker in einer zwischenstaatlichen Organisation vereinigen soll, Anhänger werben und will die damit zusammenhängenden Probleme klären helfen. Vorsitzender ist Prof. Heinrich Röbler (Frankfurt a. M.), Vorsitzender der Geschäftslei-

tung Hellmut v. Gerlach (Berlin), Geschäftsleiter Landtagsabgeordneter Dr. Ludwig Quibbe (München). Sitz der Gesellschaft ist Berlin-Charlottenburg, Konistr. 159, Gb.

Einigung im Baugewerbe.

Ueber die gestern von uns angekündigte Einigung im Baugewerbe wird folgender Bericht des Wolffschen Telegraphen-Bureaus ausgegeben:

In den letzten Tagen sind im Reichsamt des Innern Verhandlungen über die erneute Teuerungszulage der Arbeiter im Baugewerbe zu erfolgreichem Abschluß gebracht worden.

Bekanntlich war am 31. März 1916 der im Jahre 1913 abgeschlossene Reichstattsvertrag für das deutsche Baugewerbe abgelaufen. Unter der Leitung des Direktors im Reichsamt des Innern, Dr. Caspar, wurde am 3. und 4. Mai 1916 über eine Verlängerung des Vertrags und über die Gewährung von Teuerungszulagen verhandelt. Es wurde damals vereinbart, daß der Tarifvertrag zunächst bis 31. März 1917 weiterlaufen sollte; darüber hinaus sollte er als um ein weiteres Jahr, also bis zum 31. März 1918 verlängert gelten, wenn am 31. Dezember 1916 noch nicht mit allen europäischen Großmächten Frieden geschlossen wäre. Gleichzeitig wurden Teuerungszulagen zu den Tariflöhnen festgesetzt, die in Tariforten mit weniger als 5000 Einwohnern allgem. 7 Pf., in allen übrigen Tarifgebieten bei mehr als neunhundert täglicher Arbeitszeit 10 Pf., bei neunhundert täglicher Arbeitszeit 11 Pf. für die Arbeitsstunden betragen.

Da der Krieg Ende 1916 noch fortbauerte, waren beide Vertragsteile — Arbeitgeber wie Arbeitnehmer — bis zum 31. März 1918 an den Tarif und seine Höhe sowie an die Zulagen der Vereinbarung vom 3./4. Mai 1916 gebunden. Die Arbeiterorganisationen erkannten diese Rechtslage an, wandten sich aber unter Berufung auf die zunehmende Teuerung aller Gegenstände des Lebensbedarfs an das Reichsamt des Innern, um durch dessen Vermittlung neue oder erhöhte Zulagen zu erlangen. Die Verhandlungen, die am 26. und 27. April wieder unter Vorsitz des Direktors Dr. Caspar stattfanden, haben zu einer Einigung geführt. Die neue (zweite) Teuerungszulage, die durch den soeben abgeschlossenen Vertrag festgelegt wird, ist für alle Tarifgebiete und unabhängig von der Lage der täglichen Arbeitszeit einheitlich auf

15 Pf. für die Arbeitsstunden

bemessen. Wo schon bisher über die erste, vertragmäßige Zulage hinaus Zulagen gewährt wurden, kommen diese auf die neue Zulage in Anrechnung; sie werden also lediglich, sofern sie sich auf weniger als 15 Pf. für die Arbeitsstunden belaufen haben, auf diesen Betrag ergänzt. Betragen sie mehr als 15 Pf., war also die tatsächliche Entlohnung höher als der Tariflohn zuzüglich der ersten und der neuen (zweiten) Zulage, so sollen sie unverändert weitergezahlt werden. Auf tariffreien Arbeitsstellen, für die während des Krieges besondere Flakoverträge oder Lohnvereinbarungen abgeschlossen sind, soll der Lohn durch entsprechende Zuschläge dem Tariflohn des nächstliegenden Tarifgebiets zuzüglich beider Zulagen — der vom Mai 1916 und der gegenwärtigen — angeglichen werden; auch hier sollen bisher gezahlte höhere Löhne nicht gekürzt werden. Insofern findet bei den auf Grund von Verträgen dieser Art Beschäftigten eine Anrechnung der sogenannten Auslösung statt, soweit sie mehr als 2 Mk. für den Halbertag (also 14 Mk. für die Woche) beträgt.

Die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, die neue Zulage rückwirkend vom 27. April 1917 ab zu gewähren; dabei ist vorausgesetzt, daß bevor die Zahlung beginnt, die Frage der Rückzahlung durch das Reich bzw. die Bundesstaaten erregt ist.

An dem neuen Vertrage sind, wie bei dem erwähnten Reichstattsvertrag aus der Vereinbarung vom 3./4. Mai 1916, der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe auf der einen, der Deutsche Bauarbeiterverband, der Zentralverband der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands und der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands auf der anderen Seite beteiligt. Es darf gehofft werden, daß durch dieses neue Abkommen der ungestörte Fortgang der kriegswichtigen Bauten sichergestellt wird.

Sozialdemokratischer Bezirkstag Groß-Berlin.

Am gestrigen Sonntag wurde im großen Saal des Gewerkschaftshauses die Bezirksorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter starker Beteiligung neu konstituiert. Genosse Eugen Ernst stellte in seiner Eröffnungssprache fest, daß hinter der Organisation mehr als 6000 Mitglieder stehen. Ueber „Volksinteressen — Arbeiterinteressen“ sprach Genosse Rob. Schmidt. Hierauf kam folgende von ihm empfohlene Entschließung zur Annahme:

Die Bezirksorganisation für Groß-Berlin erklärt nachträglich ihr Einverständnis mit dem Beschluß des Parteiaussschusses vom 18. Januar 1917, wonach die Zugehörigkeit zur Sonderorganisation der damaligen Opposition (den heutigen „Unabhängigen“) unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft zur Gesamtpartei.

Die Bezirksorganisation befindet sich in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Parteiaussschusses vom 18. und 19. April, sie bedauert ihre Zustimmung zu der Kritik unserer Nahrungsmittelversorgung, deren Mängel nur beseitigt werden können, wenn ohne Rücksichtnahme auf Sonderinteressen die wichtigsten Nahrungsmittel in öffentliche Bewirtschaftung genommen und die Verteilung unter strenger Kontrolle und unter Ausschaltung des Schleichhandels geordnet wird. Wir verlernen nicht die Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung, aber durch zögernde und verfehlte Maßnahmen sind leider der Bevölkerung größere Entbehrungen auferlegt, als die mangelnde Zufuhr und die feindliche Absperrung es bedingten.

Die Bezirksorganisation erwartet von den Vertretern der sozialdemokratischen Partei in Reich, Staat und Gemeinde, daß sie alle Kräfte einsehen, um in Deutschland schon jetzt die politische Gleichberechtigung herbeizuführen, die der demokratischen Entwicklung die Bahn freimacht.

Mit tiefem Schmerz gedenken wir der Volksgenossen, die in dem schweren Kampf für die Verteidigung und die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes ihr Leben und ihre Gesundheit geopfert haben. Wir gedenken voll Mißgefühl auch derjenigen, die gegenwärtig an der Westfront den gewaltigen Anprall der feindlichen Heere aushalten müssen, um unsere Heimat vor feindlicher Invasion zu schützen.

Unser Friedensverlangen steht unerschütterlich fest, wir unterstützen die Forderungen des Parteiaussschusses zur Herbeiführung eines baldigen Friedens, und wir appellieren an unsere Parteigenossen im Ausland, daß sie gleich uns alle kriegsgebräuchlichen Treibereien im Lande zurückweisen und den Weg zur Verständigung für die Beendigung des Krieges beschreiten.

Unter Betonung ihrer Stellungnahme für die Landesverteidigung kann die Bezirksorganisation Bestrebungen nicht gutheißen, die durch ausschließliche Arbeitseinstellungen die Zwecke einer politischen Sonderorganisation zu fördern versucht. Diese Arbeitseinstellungen können nur zur Folge haben, unsere Widerstandskraft zu schwächen. Planlose Aktionen, für die keine Organisation die Verantwortung übernehmen kann, gereichen der deutschen Arbeiterbewegung nur zum Schaden, denn die Erfolglosigkeit solcher Unter-

nehmungen ist nicht geeignet, die Willenskraft und Energie der deutschen Arbeiter zu heben.

Die sozialdemokratische Partei muß ihre Macht in der Organisation zum einmütigen, zweckmäßigen Handeln benutzen, sie wird die gegenwärtigen und die kommenden politischen Aufgaben nur dann erfüllen können, wenn ihre Grundlage fest und sicher gestaltet bleibt. Nicht in innerer Zerissenheit, sondern einig und geschlossen muß der Kampf geführt werden. Deshalb darf sich kein Parteigenosse der Mitarbeit entziehen. Niemand darf der Organisation der Gesamtpartei fernbleiben!

Zur Annahme gelangte ferner nach lebhafter Debatte folgende Resolution Lüdemann und Genossen:

Der Bezirkstag von Groß-Berlin begrüßt die entschlossene Stellungnahme des Parteiaussschusses, besonders wegen der entschiedenen Betonung der Notwendigkeit sofortiger innerpolitischer Reformen. Gegenüber der Osterboikottaktion mit ihrer verdeckten Ankündigung eines neuen Klassenwahlrechts für Preußen bedarf es der deutlichen Hervorhebung, daß nur das gleiche Wahlrecht zu allen Vertretungsgremien in Staat und Gemeinde, die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise und die Einführung verantwortlicher Ministerien für Reich und Bundesstaaten als genügende Ausführung der oft angekündigten Neuorientierung angesehen werden kann.

Da zudem die freizeitleiche Ausgestaltung des deutschen Verfassungslebens die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen erleichtern wird, fordert der Bezirkstag den Parteivorstand auf, mit gesteigerter Entschiedenheit dahin zu wirken, daß die Politik der Versprechungen und der kleinen Zugeständnisse endlich durch eine durchgreifende Demokratisierung des Deutschen Reiches abgelöst wird.

Daneben erscheint die schleunige Herbeiführung eines vorbehaltlosen Verzichts der Regierung auf jegliche Eroberungspolitik als das wichtigste Ziel der kommenden parlamentarischen Arbeit.

Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzende Eugen Ernst und Wels, Kassierer Th. Fischer, Schriftführer Hugo Boehl, Revisoren Gustav Schmidt, Herm. Meißner, Alex. Bagels, Emil Böcke, Mechanik, Vertreterinnen der Frauen die Genossinnen Küned und Schmidt, Bezirkssekretär Th. Fischer. (Ein Bericht über die Verhandlungen folgt. Red. d. „Vorw.“.)

Industrie und Handel.

Auflösung des österreichischen Eisenkartells.

Die gesamte Industrie in Oesterreich war jahrelang von dem Eisenkartell beherrscht, das als Herr über Metall und Maschinen natürlich auch Gewerbe und Landwirtschaft, Staat und Privatwirtschaft sich untertan machte. Sein Bündnis mit dem ungarischen Eisenring sicherte seine Herrschaft. Der Staat mußte ihm durch seine Hochschulpöble ebenso dienen wie durch Niederhaltung der Arbeiter und Bremsung der Sozialpolitik. Unter dem Schutze des hohen Eisenzolls waren die Maschinen und Eisenwaren aller Art in dem von Natur aus eisenreichem und industriell reichhaltigen Oesterreich ungleich teurer als in Deutschland und dies trug wesentlich dazu bei — neben der schweren Fiedern der Handelspolitik, die den Agrariern zuliebe und zum Verdrüßnis der Konsumenten und schließlich zum Verhängnis Europas befangen wurden — daß der österreichischen Industrie selbst die natürliche Welt auf dem Balkan und in der Levante immer mehr verloren ging.

Die ungeheuren Notwendigkeiten des Krieges, Waffen, Geräte und Munition in vorher nie geahnten Mengen zu schaffen, zwang den Staat zu energischem Antriebe der Produktion. Damit war das Kartell erschüttert und nun hat es sich ganz aufgelöst. Der Generaldirektor der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, Herr Wilhelm Kestranek, ist nicht mehr der Eisenzögling in Oesterreich — wenn er auch noch mächtig genug bleibt.

Soziales.

Volkspflege.

Die Auszahlungen der Volkspflege für regulierte Sterbefälle betragen im Geschäftsjahre 1916 192 556,06 Mk., davon 127 089,87 Mk. für im Laufe des Jahres eingetretene und 5466,39 Mk. für im Jahre 1915 schon eingetretene Sterbefälle. — Für Rückfälle waren 7203,10 Mk. auszuwenden. — Im Jahre 1916 wurden auf 387 Versicherungen 253 Darlehen im Betrage von 8420 Mk. gewährt. Seit 1914 wurden im ganzen für 684 Versicherungen 434 Darlehen im Betrage von 12 238,18 Mk. gewährt. — In der Kriegsversicherungskasse wurden bis Ende 1916 81 218 Anteilscheine ausgefertigt. An Vorjahr wurden bis zu dieser Zeit in 317 Fällen für insgesamt 674 Anteilscheine 16 835 Mk. ausbezahlt, davon im Jahre 1916 für 478 Anteilscheine 11 950 Mk.

Letzte Nachrichten.

Großfeuer in Berlin.

Am Sonntag vormittag brach in der Beleuchtungsfabrik Gebrüder Israel, Brieger Straße 27/30, ein großer Brand aus, bei dem leider neun Frauen verletzt wurden, zum Teil schwer. Als die Feuerwehr aus der Stottbuser Straße ankam, stand das Dachgeschoss der ganzen gewaltigen Fabrik schon in Flammen. Das Arbeiterpersonal hatte sich noch in Sicherheit bringen können, ausgenommen neun Mädchen und Frauen, die durch Stichflammen schwere Brandwunden davontrugen. Sie fanden zumeist im Krankenhaus Am Urban Aufnahme. Am Nachmittag war durch die Arbeit der 1., 2. und 3. Feuerwehrkompanie die Gewalt des Feuers gebrochen. Das Feuer ist im Seitenflügel ausgekommen, angeblich durch Unvorsichtigkeit einer Frau, die mit einem Behälter Benzol einem Glühofen zu nahe gekommen sein soll. Sie hat den Behälter fallen lassen, der sofort explodierte, wobei die Kleider von drei Frauen in Brand gerieten. Die übrigen sechs Frauen und Mädchen wollten sich nun schnell in Sicherheit bringen. Dabei kamen sie den Flammen, die schnell um sich griffen, zu nahe. Diese sechs Arbeiterinnen dürften bald wieder hergestellt sein, die drei anderen sind lebensgefährlich verletzt und man befürchtet, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen. Es ist dies das zweite Feuer, das in diesem Monat im Betrieb ausgebrochen ist. Bei dem ersten waren drei Personen zu Schaden gekommen. Bei dem letzten Brande in demselben Seitenflügel verunglückten zwei Mädchen schwer.

Weberstreik in Lancashire?

Die Gewerkschaftsorganisationen der Weber in der Baumwollindustrie von Lancashire mit etwa 200 000 Arbeitkräften verlangen laut „Economist“ eine Lohnerhöhung von 20 v. H. angesichts der steigenden Kosten der Lebensunterhaltung. Sie erhielten bisher eine Lohnerhöhung von je 5 v. H. Anfang 1916 und Anfang 1917 und nun meinen die Textildindustriellen, damit sei's genug. Die Meldung sagt: Während der letzten Monate sei die Lage der Arbeitgeber schlechter geworden, und die Ausichten seien weniger befriedigend als je seit Kriegsausbruch.

Groß-Berlin

Kinder.

Ein Großstadtstrophenbild. Schmutzige, verwirrte Mietkasernen, Holperpflaster, mäßig instand gehaltene Bürgersteige, kein Baum, kein Strauch, kein Rosenzweig. Nur an den Fenstern hier und da ein tränkender Blumentopf. Und auf den eigentümlich verzierten Balkonen ein paar grünangelegte Kästen mit mageren Trieben. Die Haustore dunkeln, wie finstere riesige Löcher, aus denen wenig angenehme Dünste hauchen, in den Frühlingstag. Frauen, fröstelnd und hager, huschen aus diesem Dunkel heraus oder in dieses Dunkel hinein. Vor irgend einem Laden müssen sie stehen. Keine Gelegenheit darf veräußert werden, kein Kartenabschnitt des Rationierungssystems darf verfallen. Besonders beneidet werden diejenigen Frauen, die Kinder haben. Sie können „an mehreren Stellen zugleich“ sein. Das spart an Kraft, an Zeit und an Schuhzeug. Und die Kleinen werden dabei zugleich zu einer frühreifen Selbstständigkeit erzogen. Sie lernen den Wert der einzufahrenden Ware abzuschätzen. Freilich wäre es besser, sie könnten dabei auch bei den fröhlichen Spielen mit den Altersgenossen bleiben. Aber der Krieg ist hart — nicht nur an der Front, sondern auch in der Heimat.

Da trotten nun die Kleinen dahin. In den Vormittagen, wo die großen Geschwister die Schulbank drücken, müssen sie einspringen. An dem grauen Glend der Mietkasernen ziehen sie vorbei, an den Kellern und Remisen, über abliegende Duerstrassen. Krampfhaft halten sie die Lebensmittelfarten in der einen Hand. Die Tasche oder der Korb mit dem sorgsam abgezählten und eingewickelten Gelde hängt ihnen am Arme. Kluge Worte plappern die kleinen Lippen, und aus den großen, nicht mehr ganz so blauen Augen wie ehemals spiegelt sich etwas wie eine kleine Sorge, die wohl da ist, aber noch keinen Namen hat. . . . In Gruppen oder zu Zweien jähren sie daher: die kleinen Mädchen mit den farbigen Schleifen im Haar oder die kleinen Knaben mit den putzigen Beinchen und den blonden Struwwelpfäßen. Mögen sie auch noch so laut und lärmend beim Spiel auf der Straße sein, hier auf dem Wege der Alltagsnot, den sie die Mutter gefandt hat, sind sie still, ernst und besonnen, als hätte der kleine Kopf des Arbeiterkindes nur den einen Gedanken: auch das Nichtigste heimzubringen und nichts vom mütterlichen Auftrage zu verfehlen!

Billiges Brot

wird von der Stadt Berlin geliefert, aber leider nur an ihre Anstalten. Mit ihrer Zentrale Buch ist eine Bäckerei verbunden, die für die Anstalten in Buch das Gebäck herstellt. Sie fordert von ihnen für das gelieferte Brot den Selbstkostenpreis, den sie auf genaue Weise berechnet. In ihm stehen die Aufwendungen nicht nur für Mehl, Hefe, Salz, Löhne, Feuerung, Elektrizität, Wasser, sondern auch für einen Verwaltungslohnanteil, für den Erneuerungsfonds und für Kapitalverzinsung. Der so ermittelte Selbstkostenpreis hält sich weit unter dem Preis des Brotes, den man in Berlin den Bäckern zahlen muß. Die Bäckerei in Buch berechnete ihren Selbstkostenpreis für das Kilogramm Roggenbrot nach im Verwaltungsjahr 1913/14 auf nur 25¹⁰/₁₀₀ Pfennig und selbst in dem größten Teile schon in die Kriegszeit fallenden Verwaltungsjahr 1914/15 erst auf 29¹⁰/₁₀₀ Pfennig. Die durch den Krieg verursachte Steigerung der Mehlpreise nötigte natürlich auch die Zentrale Buch zur Erhöhung ihrer Preisliste, sie blieben aber stets in weitem Abstand hinter denen der Bäckerei zurüd. In dem Voranschlag für 1917 schätzte die Stadtbäckerei der Zentrale Buch den Selbstkostenpreis auf 33 Pfennig für das Kilogramm Roggenbrot, wobei die jüngste Herabsetzung der Mehlpreise noch nicht berücksichtigt ist. Sicher wird es möglich sein, den Selbstkostenpreis schließlich noch niedriger zu bemessen. Die Bäckerei fordert nun von der neuesten Preisfestsetzung für das Kilogramm Roggenbrot von 1000 Gramm 62 Pfennig, was einen Preis von 35¹⁰/₁₀₀ Pfennig für das Kilogramm bedeutet. Es ist selbstverständlich, daß bei den Berliner Bäckern das Brot nicht so billig wie bei der Zentrale in Buch sein kann. Sie haben doch noch etwas mehr Unkosten, unter anderem deshalb, weil in Berlin der Grundwert höher ist und daher für die Kostenberechnung der Miete stärker ins Gewicht fällt. Und der Bäcker kann ja nicht zum Selbstkostenpreis liefern, sondern muß einen Gewinn herauswirtschaften. Immerhin ist es lehrreich, zu sehen, wie groß der Abstand zwischen dem von der Stadtbäckerei berechneten Selbstkostenpreis und dem in Bäckereien geforderten Handelspreis ist. Will man das Mehl nicht ganz für Bäckergeheimnisse halten, so wird man es sich zum Teil aus der Ueberlegenheit des Großbetriebes zu erklären haben.

Die Einschränkung der Tabakverarbeitung und die Tabakarbeiterchaft.

Amlich wird mitgeteilt: Am 27. April d. J. fand auf Vorschlag der Vertreter der organisierten Tabakarbeiter im Reichsamt des Innern eine Besprechung über die am 1. Mai eintretende weitere Einschränkung der Tabakverarbeitung und deren Rückwirkung auf die Tabakarbeiterchaft statt. Zunächst wurde festgestellt, daß die Einschränkung nicht nur diejenigen Fabriken betrifft, denen Tabak neu zugewiesen werden muß, sondern auch diejenigen Fabriken, die noch nicht mit Tabak versorgt sind.

Einigkeit bestand, daß eine Einschränkung der Tabakverarbeitung notwendig ist und daß darauf Bedacht zu nehmen ist, daß bei der Einschränkung vor allem die bodenkundigen Tabakarbeiter geschont werden. Die Vertreter der Tabakarbeiterchaft regten an, auf den Friedensstand zurückzugreifen. Für den Fall, daß dies nicht angängig sein sollte, bestand Einverständnis darüber, daß nach dem 1. Juli 1915 eröffneten Zweigbetrieb nach Ablauf der Uebergangszeit geschlossen werden sollen, und darauf hingewirkt werden solle, daß die Zigarrenfabrikanten, die vor dem 1. Juli 1915 während des Krieges neue Zweigbetriebe eröffnet haben, zunächst diese Zweigbetriebe einschränken, ehe sie zu Einschränkungen in ihren alten Betrieben übergehen dürfen, damit auf diese Weise verhindert wird, daß die bodenkundigen Arbeiter an Stelle der neuangestellten Hilfskräfte entlassen werden.

Weiter wurde festgestellt, daß auf die Folge des Krieges erwerbslos werdenden Tabakarbeiter die im Zentralblatt für das Deutsche Reich 1914 Seite 620 und 1916 Seite 74 mitgeteilten Bestimmungen über die Kriegswohlfahrtspflege ohne weiteres Anwendung finden.

Wieder kein Kleingeld!

Und wieder sind ein paar Monate um, und wieder haben wir eine Kleingeldnot, als ob die Groschen und Sechser als Saatgut angebaut worden wären. Andauernd werden Fahrbedürftige von Straßenbahnen und Omnibussen hinunter und an Hochbahn- und Eisenbahnstationen usw. zurückgewiesen. Schon seinerzeit waren an dieser Stelle die Groß-Berliner *G e m e i n d e n* aufgefordert worden, im Interesse des Verkehrs Kleingeld herauszugeben. Aber kein kommunalpolitischer Hahn hat danach gekräht. Nur einige Provinzialstädte waren genügend beweglichen Geistes, ihren Bürgern aus einer so ärgerlichen Klemme zu helfen, ebenso ein Berliner Warenhaus im eigenen Bereich. Statt Kleingeld gibt man uns — Hinweise auf den Nutzen des Postverkehrs. Was doch Herr Helfferich oder Herr Kraetke den Straßenbahnfahrern, die Zeitung oder den Markenautomaten mit einem Poststück bezahlen oder den Scherzverkehr mit dem Fleischer, Bäcker und dem Erzeugerhändler verordnen! Da empfiehlt einer in der U-Bahn-Debatte des „A. L.“ die Vorzüge des Fahrkartenautomaten; aber woher die Groschen nehmen? Vielleicht von der Post? Hat sich was — uniere mageren Geldbörschen schwellen schon von Briefmarken, und bald werden wir diese Postwertzeichen ausbieten müssen wie faule Papiere an der Börse: „Wer nimmt?“

Kettenhandel mit Juder. Süße Spuren führten zur Entdeckung eines wunderlichen Kettenhandels mit Juder und eines herrenlosen Lebensmittelgeschäftes im Osten der Stadt. Trotz aller Geheimhaltung sickerte durch, daß in mehreren Geschäften Juder bis zu 4 M. das Pfund verkauft wurde. Wie die Ermittlungen ergaben, stammt diese Ware von Schiffsladungen, die im Humboldt-hafen für Wärmeladefabriken anlanden. Die Abfuhr von dort soll nun gegen Lieferkäufe an die Empfänger erfolgen. Es ist aber Juder gleich geminnerweise von der Abfuhr in den Schleichhandel gekommen. Feist steht, daß die Ware zuerst im ganzen in eine Hand kam. Diese verteilte sie weiter, bis sie in 10-Pfund-Mengen an die Verbraucher gelangte. So ging sie im Zwischenhandel durch zehn Hände und der Preis stieg allmählich von 27 Pf. auf 4 M. das Pfund. Die süßen Spuren zeigten endlich nach der Blumenstraße, und hier fand man bei einer Gefäßgroßhandlung in einer alten haufälligen Remise noch mehrere Zentner Juder, dazu Mehl, mehrere Kisten Eier mit je 500 und je 600 Stück, Schneene- und Rinderköpfe, 50 Schinken, Rauchfleisch usw. Der Geschäftsinhaber schien ebenso überrascht zu sein wie die Entdecker des Lagers. Er erklärte, daß er von den Sachen nichts gewußt habe und daß sie sein Eigentum nicht seien. Vielleicht hätte sein Schwager Auskunft geben können, aber der sei kürzlich gestorben. So waren denn die schönen Sachen herrenlos, und die Polizei übergab sie der Wamba für die Nüftungarbeiter.

Erstochen wurde in der Nacht zum Sonntag der 27 Jahre alte Schlosser Anton Krawczinski, ein Russe, der in der Breslauer Straße 29 in Schlafstelle wohnte. Wahrscheinlich hängt die Mordtat mit einer Spielergeschichte zusammen. Krawczinski, der in seinen Kreisen unter dem Spitznamen Athletenanton bekannt war, verlor viel in Lokalen in der Umgebung des Schlesischen Bahnhofs, besonders in der Radaitstraße, in denen gespielt wird. Vor einigen Tagen soll er zwei durchreisenden Arbeitern

eine größere Summe abgenommen haben. In der Nacht zum Sonntag war Athletenanton wieder in jener Gegend. Als er eine Schankwirtschaft in der Radaitstraße verließ, um nach Hause zu gehen, gingen ihm an der Ecke der Fruchtstraße, wie Augenzugungen beobachteten, zwei Männer nach. Einer von diesen zog plötzlich einen Dolch und versetzte ihm hinterrücks mehrere Stiche in den Hinterkopf und den Rücken. Der Gestochene wandte sich um und erhielt jetzt noch einen Stich ins Gesicht. Während der dann tot zusammenbrach, ergriffen die Uebeltäter die Flucht und entkamen. Die Täter sind nicht ermittelt. Auf die Ergreifung hat die Kriminalpolizei eine Prämie von 500 M. ausgesetzt.

Zwischen Sofa und Tisch erstickt ist das ein Jahr alte Söhnchen des Arbeiters Hermann aus der Gartenstraße 20. Die Mutter hatte den Kleinen auf dem Sofa gebettet und mußte dann eine Besorgung machen. Als sie zurückkehrte, fand sie ihn tot wieder. Der Kleine war vom Sofa geplatzt, zwischen diesem und dem Tische hängen geblieben und erstickt.

Im Dienste verunglückte tödlich der 32 Jahre alte Rangiermeister Hermann Rosenfeld aus der Gubener Straße 20. Er geriet auf dem Güterbahnhof des Ostbahnhofs zwischen einen Eisenbahnzug und einen Kollschuppen und wurde auf der Stelle totgequert.

Solar Blumenthal wurde gestern auf dem Jüdischen Friedhof in Weißensee zu Grabe getragen. Zu einer sehr zahlreichen Trauer-versammlung aus Kreisen des Theaters sprachen Kadelburg, Fulda und Direktor Varnowski.

Turnverein „Fichte“. Resultate von den leichtathletischen Wettkämpfen. Jugendliche von 16 bis 18 Jahren. 1. Dörband, 4. Abt., 89 Punkte; 2. Holz, 3. Abt., 88 Punkte; 3. Erdmann, 3. Abt., 85 Punkte; 4. Stark, 4. Abt., 84 Punkte; 5. Schubert, 13. Abt., 77 Punkte. — Jugendliche von 14 bis 16 Jahren: 1. Schafowski, 14. Abt., 100 Punkte; 2. Schaebe-tal, 4. Abt., 97 Punkte; 3. Wolfkorn, 1. Abt., 87 Punkte; 4. Freische, 1. Abt., 80 Punkte; 5. Scholz, 2. Abt., 78 Punkte. — Stafettenläufe: 4x100 Meter: 1. 3. Abteilung 57¹⁰/₁₀₀ Sek., 2. 4. Abteilung 56 Sek.; 10x100 Meter: 1. 3. Abteilung 2 Min. 25 Sek. — 1000-Meter-Einzellauf: 1. Stark, 4. Abt., 3 Min. 0¹⁰/₁₀₀ Sek., 2. Nijker, 10. Abt., 3 Min. 21¹⁰/₁₀₀ Sek., 3. Stolten-burg, 6. Abt., 3 Min. 25 Sek.

Sportpark Treptow. Die zu gestern angefeht gewesenen Radrennen, bestehend aus einem Dauerrennen mit der Besetzung Schippe, Pawle, Kruplat, einem Fliegerwettkampf in drei Läufen zwischen Rütt und Lorenz und mehreren kleineren Rennen der Treptower Fliegermannschaft, wurden des unbeständigen regnerischen Wetters wegen am nächsten Sonntag verlagert. Infolge des immerhin zahlreich erschienenen Besuches ließ es sich die Rennab-seitung aber angelegen sein, an Stelle der Rennen ein offizielles Training einzuschalten. An Eintrittspreis wurden 30 Pf. erhoben. Die erzielten Einnahmen dürften den tragierenden Fahrern und insbesondere den Rennveranstaltern zum mindesten ein recht ansehnliches Tagesgeld eingebracht haben.

Friedrichshagen. Einführung der Kundenliste für die gesamte Lebensmittelversorgung der Gemeinde. Viele Unzutuglichkeiten haben dazu geführt, auch für unseren Ort die Kundenliste einzuführen. Lebensmittel, die durch die Gemeinde verabsolgt werden, werden künftig nur auf Grund der Kundenliste abgegeben. An-meldungen müssen heute auf Abschnitt M der Lebensmittelkarte erfolgen. — Diese Woche kommen pro Kopf 5 Pfund Kartoffeln zur Verteilung.

Aus aller Welt.

Eine Organisation der deutschen Kolonisten Russlands. Die „Ruhija Wjedomosti“ berichten: Die in der Organisation begriffenen Verbände der „fäblichen Deutschen“ baten um die Erlaubnis, in deutscher Sprache Aufrufe an die Kolonisten über die Feldbestellungen verbreiten zu dürfen. Ihrer Bitte wurde stattgegeben. Ein Kongress der Kolonisten wird einberufen zur Aufstellung eines innerpolitischen Programms. In den politischen Anschauungen der Kolonisten, die auf der Seite der Oktoberisten standen, hat sich eine starke Schwärzung nach links vollzogen. Die Führer der Kolonisten machen Propaganda für eine demokratische Republik.

Dr. L. Zamenhof, der Schöpfer der Esperantosprache, der kürzlich in Warschau gestorben ist, hat im letzten Jahre an einem umfangreichen Wörterbuch gearbeitet und eine Uebersetzung des alten Testaments vollendet.

Wetterbericht bis Dienstag mittag. Zunächst ziemlich mild, überwiegend bewölkt, mit weiteren im Binnenlande meist geringen, an der Küste stärkeren Niederschlägen; später zeitweise aufklarend und wieder etwas kühler.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Diederich, Verl. Friedmann; für d. übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Neudän; für Inserate: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagshaus Paul Singer & Co Berlin SW.

Admirals-Palast.
Die Novität
Abrakadabra
großes phantastisches Ballett
auf dem Eis.
7¹⁰/₁₀₀ Uhr. Vorzügl. Küche.

Ziehung am 9., 10. u. 11. Mai
4. Strassburg. Münster
Geld-Lotterie
250000 Lose. 8339 Geldgewinne — Mk.
250000
75000
30000
20000
Hauptgewinne Mark:
Strassburg. Geld-Lose 3 Mk.
Münster.
Porto und Liste 35 Pf. extra,
zu haben in allen Lotteriegeschäften,
Loseverkauftstellen und durch
Lud. Müller & Co.
in Berlin, Werderscher Markt 18.
J. Stürmer
in Straßburg i. E., Langstr. 107

Linierer
per sofort verlangt. 44230*
Adolf Junke, Chaußeestr. 42.
Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am
Stadtbahnhof
Behandl. von Syphilis, Haut-,
Harn-, Frauenleid., Speichr.,
Hälle, Chlora-Pato-Kuren, Lämerr-,
Lole, kürzeste Behandlung ohne Be-
rufshörung, Blutunterjagung, Rög-
Beile. Teilzahlung. Sprachsünden
10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Zigaretten
direkt von der Fabrik
zu Originalpreisen
100 Zig. Kleinverkauf 1 3 Pfg. 1,70
100 „ „ „ 1,80 „ 2,50
100 „ „ „ 4,2 „ 3,20
100 „ „ „ 6,2 „ 4,50
Versand nur gegen Nachnahme
von 100 Stück an.
prima Qualitäten, von
100,- b. 200,- M. p. Mille
Goldenes Haus Zigarettenfabrik
G. b. m. H.
Berlin, Friedrichstraße 80.
Fernspr. Zentrum 7437.

Lombard-Haus
H. Graf, Leipzigerstr. 75 II
Volle normale Beleihung
Diskretion, Reellität
Golegenheitskäufe
Uhren
Brillanten
Schmucksachen
10-50%, unter Ladepreis.

Waschpulver „Wasch-Weiß“
für die Wäsche.
Verkaufspreis 1 Pfund-Paket 65 Pf.
Waschpulver „Blütenweiß“
1/2 Pfund-Paket 60 Pf.
Ohne Seifenkarte verkäuflich.
Unentbehrlich im Haushalt u. jedem Betrieb.
Unter Kontrolle des vereid. Chemikers Dr. Wein, Berlin, Köni-gsgräber Straße 43, sowie der vereid. Chemiker Dr. Schulle und Dr. Amiel, Kiel, des vereid. Chemikers Dr. A. Brauer, Leipzig, des vereid. Chemikers Dr. Brauer, Kassel, des vereid. Chemikers Dr. G. Weiz in Hamburg und andere mehr.
Fast durch alle einschlägigen Geschäfte Groß-Berlins zu beziehen.
Alleiniger Fabrikant:
Emil Jacobi, Chem. Fabrik,
Berlin-Tempelhof, Ringbahnstraße 53/54.

Spezialarzt
Dr. med. Karl Reinhardt. 1801* Institute:
Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr., Sprechst. 1/12-1
u. 1/8-1/10 U. abds., Sonnt. 11-1
Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre 50 Pf., nach
außerhalb 1 M. in verschlossenem Kuvert

Nächste Ziehung schon 9. bis 11. Mai.
Strassburger Geld-Lotterie
Erster Hauptgewinn Mark:
75000
Zweiter Hauptgewinn Mark:
30000
Lose zu M. 3. — Postgeb. u. Liste 35 Pf. außerdem.
Eine feine Banknotentase mit 2 Strassh. u. 3 Rote + Losen M. 15.50.
Eine feine Banknotentase mit 4 Strassh. u. 6 Rote + Losen M. 30. — einschließlich Postgebühr und 2 Listen.
Gustav Haase Nachf. (K. Schwarz) Berlin NO 43, Neue Königsstr. 86
SO 16, Neanderstr. 38.
Telegramme: Schwarz, Berlin, Neue Königsstr. 86

Hämorrhoiden?
Verlangen Sie Gratisprospekt von
Apoth. **Lauensteins** Versand,
Spremberg L 44.

Uhren - Goldwaren
Piltz & Co., Lindenstr. 109.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt Moritzpl. 3014.